

Die „Volkswacht“
 erscheint wöchentlich 6mal, Sonn-
 abends mit der „Volkswacht“
 „W. f. und Z.“ und ist durch die
 Expedition: Neue Graupenstr. 5
 und durch Anzeiger zu beziehen.
 Preis pro Woche 50 Wfg.
 1/2 Monat 2.15 Wfg.
 3 Monate 6.15 „
 6 Monate 11.15 „
 Durch die Post bezogen 1.15 „
 bei ins. Bank monatlich 7.15 „
 Vierteljährlich 7.15 „

Volkswacht

für Schlessen und Posen.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Anzeigenspreis beträgt für die
 einblättrige Kolonellinie über 10
 Zeilen in Breslau und Posen
 10 Wfg., außerhalb 1.00 Wfg.
 Doppelzeile unter 10 Wfg.
 Wochensatz 2.50 Wfg.
 Anzeigen für die nächste Nummer
 müssen bis zum 11 Uhr 11 Tag vorher
 in der Druckerei abgeben werden.

Fernsprecher:
 Geschäftsstelle Nr. 1206.
 Verlags-Kontor Breslau Nr. 5852.

Fernsprecher:
 Redaktion Nr. 8141.
 Verlags-Kontor Breslau Nr. 5852.

Nr. 260.

Breslau, Freitag, den 14. November 1919.

30. Jahrgang.

Ernteforgen im Landtag.

Die Wahlen in Oberschlesien.

Von einem ober-schlesischen Genossen wird uns geschrieben:

Die so lang geforderten Wahlen haben nun endlich stattgefunden. Das endgültige Ergebnis steht noch nicht fest, aber das sei vorweg gesagt, die Wahl hat alle deutschen Kreise enttäuscht, und jeder sucht nun nach Gründen, eine Partei schiebt die Schuld auf die andere.

Für den Kenner der ober-schlesischen Verhältnisse liegen die Dinge völlig klar, und wer die letzten Monate die Augen offen hatte, kann gar nicht überrascht sein. Die Wahlbeteiligung ist nirgends über 60 Prozent der Wahlberechtigten, also sehr gering. Verärgert sind etwa 25 Prozent nicht zur Wahl gegangen, wenn man 15 Prozent als den Durchschnitt, die nie zur Wahl gehen, abzieht.

Unter denen, die nicht zur Wahl gegangen sind, ist sicher kein einziger Pole, denn diese schlepten auch ihren letzten Mann ran. Dennoch haben die Polen bei weitem nicht 50 Prozent der wahlberechtigten Stimmen erhalten; auch sie haben also gegen frühere Wahlen nichts gewonnen, sind also in der Minderheit geblieben, und es liegt nicht der geringste Grund zur Aufregung vor. Die Lage der Polen wird noch kläglich, wenn man weiß, daß auf dem Lande, in zahlreichen Dörfern nur eine Liste war, auf der Kandidaten aller Parteien standen, die glatt gewählt wurden und die die Polen nun als ihre Liste bermelden, obgleich sie mit ihren Leuten fast überall in der Minderheit sind. Die endgültige Feststellung der Gewählten nach ihrer Parteistellung auf dem Lande wird den Polen noch manche Enttäuschung bringen.

Wer nun aber glaubt, daß all die Wähler, die diesmal für die Polen gestimmt haben auch bei der Abstimmung über die Zugehörigkeit Oberschlesiens für den Anschluß an Polen stimmen werden, der ist mehr als im Irrtum. Nein, damit hat die Sache gar nichts zu tun. Für die Polen stimmen viele, die verärgert sind, die damit radikal sein wollten, also gegen die Regierung von heute protestieren. Diese Wähler, die nie polnisch gefühlt, nie polnisch gewählt, diesmal ins polnische Lager getrieben zu haben, können sich außer den Mehrheitssozialisten und Demokraten alle übrigen deutschen Parteien rühmen. Deutschnationalen, Zentrum und Unabhängige haben viele Monate hindurch die Regierung und all ihre Maßnahmen der ganzen Bevölkerung verartig berefekt, daß zahllose, nicht genügend aufgeklärte Wähler sich sagten, wenn es so schlecht ist, dann gehen wir mal mit den Polen, vielleicht machen die es besser. Nicht die Hälfte der Stimmen hätten die Polen erhalten, wenn die deutschen Parteien den Kampf gegeneinander nicht geführt, dafür aber die Taten der früheren polnischen Partei ins rechte Licht gerückt hätten. Wenn aber schon die Deutschnationalen für eine Einheitsfront nicht zu haben waren, dann hätten Zentrum und Unabhängige gemeinschaftlich mit Mehrheitssozialisten und Demokraten neben den Nationalpolen die Deutschnationalen aufs Korn nehmen müssen und diese Haktisten, Kriegstreiber und Verursacher des jetzigen Unlücks in ihrer wahren Gestalt zeigen müssen. Statt dessen hat das Zentrum — das doch in der Regierung ist, aber dieses verschweigt — mit den Unabhängigen im Bunde und mit den Deutschnationalen die Regierung herabgesetzt, beschimpft und alle haben es so dargestellt, als ob die heutige Regierung an dem Unlück des Landes schuld wäre. Dieser verlogene, glatte Verrat des Zentrums und der Unabhängigen wird ihnen nie vergessen werden. Wenn besonders das Zentrum heute noch einen Schuldigen sucht, und dabei sich an die Person des Staatskommissars Hörsing klammert, so lacht ganz Oberschlesien darüber und denkt nur an den Greis, der sich nicht zu helfen weiß.

Nun aber zu der Lage der einzelnen deutschen Parteien. Die Deutschnationalen, deren Agitation als mit Stinkbomben geführt, bezeichnet werden muß, haben einen kleinen Zuwachs erhalten, den sie den Demokraten abgezogen. Dieser Gewinn steht in gar keinem Verhältnis zu dem Ansehensverlust der Deutschnationalen, man kann darüber zur Tagesordnung übergehen.

Anders liegt die Sache bei den Unabhängigen. Die Schreier und Spottkafelmacher zogen von einer Versammlung zur andern der Mehrheitssozialisten, um diese zu sprengen. Wo ihnen dies nicht gelang, wurde jedoch der Mehrheitsler als Verbrecher gestempelt. Eine Verleumdungskampagne in Flugblättern und Zeitungsartikeln fauste auf Regierung und Mehrheitsler nieder und dann der fürchtbare Reinfall der Unabhängigen. In ihrer Hochburg Sindenburg haben sie wenig über 1000 Stimmen erhalten und sind hinter den Mehrheitslern zurückgeblieben. Die Unabhängigen werden wohl einsehen müssen, daß die Arbeiterschaft es satt hat, sich mit ihren radikalen Phrasen und Unwahrheiten füllen zu lassen.

Das Zentrum führte den Wahlkampf in der allerwertvollsten Form und mit einem Apparat, wie er bisher nicht gekannt wurde. Man kann das Zentrum als „die Partei der unausgeklärten Frauen“ benennen. Denn wenn es den Pfarrern und Rabbinen nicht gelungen wäre, die unwissenden Frauen ranzutreiben, dann wäre der Verlust noch größer geworden, denn das Zentrum dürfte weit mehr, als ein Drittel seiner Stimmen verloren haben, und das sind die Männer, die von der Zentrumspolitik angezogen, zu den Polen übergegangen sind. Dieser Rückgang des Zentrums bedeutet eine glatte Beurteilung seiner Politik. Das Volk will von der vielgepriesenen Autonomiefrage nichts wissen, und auch nichts von dem wüsten Geschimpfe auf die Regierung, der das Zentrum angehört. Dann aber würden ja auch die Polen so vom Zentrum umworben; daß an vielen Orten zwischen Zentrum und Polen kein Unterschied bestand. Jetzt nach der Wahl rechnet der bekannte Herr Bögler in der „Oberschlesischen Volkszeitung“ in Beuthen OS., die Polen und das Zentrum glatt als eine Partei aus. Man sieht, wohin der Weg führt. Daß angesichts dieser Zentrumsniederlage einige Zentrumsblätter von der staatlichen Autonomie zu reden beginnen, ist wirklich nicht ernst zu nehmen, soll ja auch nur die Niederlage verschleiern.

Daß die Demokraten gleichfalls Stimmen verloren haben, beweist nur, daß für sie in Oberschlesien wenig Boden ist, und ihre bisherige Stärke in den Gemeinden nur auf dem Dreiklassenwahlrecht beruhte. Die Partei wird sich sehr rühmen müssen, um das Verlorene zu gewinnen.

Und nun zu den Sozialdemokraten, die offen gesagt, am meisten verloren haben. Daß die Sozialdemokratie verlieren würde, stand von vornherein für jeden Einsichtigen fest, denn es war für sie sicher kein Vorteil, daß ihr Führer mit seinem Namen den Belagerungszustand, Arbeitszwang, ja gar das Standrecht befehligen sollte. Und so sehr die alten Parteimitglieder die Notwendigkeit des Vorgesagten einsehen, die Wählermassen sind durch das wüste Geschimpfe aller Parteien auf die Regierung und die Sozialdemokratie scheu geworden; ein kleiner Teil ist sicher zu anderen Parteien übergegangen; die Wählermasse aber ist verärgert der Wahl fern geblieben. Ohne Nebertreibung kann man sagen, daß 50 Prozent derer, die der Wahl fern blieben, verärgerte Sozialdemokraten sind. Warum bleiben diese Wähler der Wahl fern? Nicht etwa, daß sie nicht mit den

Maßnahmen Hörsings einverstanden wären, auch nicht, diese hätten sie mehr als notwendig, denn jeder weiß, daß er nur die Butsche unterbrückt und das Wirtschaftsleben aufrecht erhalten, dabei immer die Interessen der Arbeiter wahrgenommen hat. Nein, die sozialdemokratischen Wähler bleiben der Wahl fern, weil die ganzen letzten Monate dem Zentrum in Oberschlesien nichts, — er Sozialdemokratie nichts gebracht haben, während das Zentrum stark in der Regierung in Oppeln vertreten, eine Reihe Landräte, Richter, Beamte bei der Eisenbahndirektion in Kattowitz, Amts- und Gemeindevorsteher hat, hat die Sozialdemokratie nichts, aber auch gar nichts. Dabei wirtschaftet das Zentrum, daß es geradezu ein Jammer ist. Man sehe sich nur das Schulwesen an, die Lehrer sind heute viel unfreier, als unter der alten Regierung. Die Landarbeiter sind unter der Zentrumsregierung direkt halbe Sklaven geworden, und jeder Hilferuf ist vergeblich, bleibt unerhört, oder wird barsch abgewiesen. Greift der Staatskommissar ein, dann schreit das ganze Zentrum wie besessen, beschwert sich, demunziert und tut alles, damit seine schwarze Wirtschaft nicht gestört wird.

Daß es in Oberschlesien so weit kommen konnte, daran hat der Zentralrat in Breslau ein gut Teil Schuld. Die sozialdemokratischen Mitglieder dieses Zentralrats sind mit Arbeit mehr als überlastet, konnten sich wenig kümmern, dafür aber arbeiteten zwei bis drei Leute, sogenannte Demokraten, die am 9. November vorigen Jahres das Wort Politik nur vom Hörensagen kannten, mit einer Emsigkeit in der ober-schlesischen Sache, ohne hiervon eine Ahnung zu haben, die zu bewundern war. Die Vorschläge der ober-schlesischen Sozialdemokraten sind nicht beachtet worden, die greifbarsten Vorschläge der Regierung wurden nicht durchgeführt, nur weil es dem Zentrum nicht paßte. Aus jeder Sitzung des Zentralrats ging das Zentrum als Sieger fort. Und in der unheilvollen Autonomiefrage hat der Zentralrat stets im Sinne des Zentrums gegen die Sozialdemokraten entschieden.

Diese ganzen Dinge und Vorkommnisse machen die sozialdemokratischen Wähler stutzig, und sie blieben demonstrativ der Wahl fern um damit zu dokumentieren, daß sie die Zentrumswirtschaft satt haben. Hoffentlich hat der Wahlausfall in Oberschlesien allen, und besonders den in Regierungsstellen befindlichen Sozialdemokraten, die Augen geöffnet. In Oberschlesien ist nichts verloren, aber es kann dazu kommen, wenn die Zentrumswirtschaft nicht bald beendet wird.

Trauerfeier für Saake.

Breslau, 13. November. Im Plenarsaal des Reichstags veranstalteten heute vormittag 10 Uhr die Unabhängigen Sozialdemokraten Deutschlands eine Trauerfeier für Hugo Saake. Der Blag am Rednerpult war mit Grün und Blau mit schwarzem Tuch und roten Fahnen und auch der Blag des Verstorbenen war mit Blumen bekränzt worden. Auf dem Ministerisch lagen zahlreiche Kränze mit roten Schleifen. Vom Vizepräsidenten Böbe wurde ein Kranz der Nationalversammlung mit schwarz-rot-goldenen Schleifen neben die Urne niedergelegt. Der Saal und die Tribünen waren mit einer dichten Reichswehrangebesetzt. In den vorderen Reihen saßen die nächsten Angehörigen und Freunde des Verstorbenen. Nach Vorträgen der Reichstagskammer und des Abiter-Sängerchor sprach Alexander Hoffmann Goethes Epilog zur Wade. Dann folgten Ansprachen des früheren Reichsbeauftragten Dittmann, des Abg. Zubeil und der Frau Reichsministerin vom Reichsvorstand. Sodann sprachen Vertreter der Parteiorganisationen, der Parteiverleihe, der kommunistischen Partei, des russischen Politarats, der deutschen Friedensgesellschaft und des Bundes der Arbeiter. Inzwischen formierten sich vor dem Reichstagsgebäude Tausende Angehörige der Partei zu dem Zuge, der die Urne auf den Friedhof Friedhofstraße absetzte.

Preussische Landesversammlung.

Berlin, 13. November. Am Regierungstisch, Säbelum, Steuerwahl.
 Die Verordnung über die Verlängerung der Amtsdauer der Kanabellamern-Mitglieder der vom 30. November 1918 wird ohne Abstimmung erledigt.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über weitere Beihilfen zu den Kriegswohlfahrtsausgaben der Gemeinden und Gemeindevorstände sowie zur Verbilligung der Lebensmittel und in Verbindung damit ein anderer Gesetzentwurf deselben Zwecks, in dem ferner noch Mittel zur Unterstützung öffentlicher Notstandsarbeiten angefordert werden. Der erste Gesetzentwurf fordert 550 Millionen Mark, der zweite 215 Millionen Mark.

Dazu liegt ein Antrag des Staatshaushaltsausschusses auf Genehmigung der beiden Vorlagen vor. Ferner beantragt der Staatshaushaltsausschuss mit größter Beschleunigung eine Gesetzesvorlage über weitere Beihilfen für die Kriegswohlfahrtsausgaben der Gemeinden und ferner Einwirkung der Staatsregierung auf die Reichsregierung, mit allergrößter Beschleunigung den Gemeinden und Gemeindevorständen die von ihnen zu Familienunterstützungen und Kriegswohlfahrtszwecken vorzuschussweise für das Reich verauslagten Gelder samt Zügung und Verzinsungskosten zurückzuerstatten.

Abg. Stiller (Ztr.): Die Gemeinden sind in Not geraten. Der Staat muß ihnen helfen. Bevor die Finanzhoheit an das Reich überträgt, müssen klare Verhältnisse geschaffen werden. Die Vernichtung der Selbstverwaltung der Gemeinden hat sich noch immer gemacht.

Abg. Brand (Soz.): Bei den in Aussicht genommenen Arbeiten sind die mit den Gewerkschaften abgeschlossenen Tarifverträge zu berücksichtigen. Die Familien der Kriegsgefangenen dürfen nicht vernachlässigt werden.

Abg. Zoller (Dnl.): Zu warnen ist davor, daß den Gemeinden neue Aufgaben auferlegt werden, die sie finanziell nicht zu erfüllen vermögen.

Finanzminister Dr. Südekum:

Die Notlage der Gemeinden erkenne ich voll kommen an. Ich bin dauernd bestrebt gewesen, in Verbindung mit anderen Ministern den Staat ihnen gegenüber übernehmendere Verpflichtungen nachzukommen. Wenn es in allen Fällen nicht gleichmäßig gesehen konnte, so mußte der preussische Staat in erster Linie Rücksicht nehmen auf die Gemeinden, die in den abzutretenden Gebieten liegen. Wir konnten sie nicht sitzen lassen mit der ungeheuren Schuldenlast, die sie im Vertrauen auf den preussischen Staat und das Reich übernommen haben. Dadurch waren aber die uns zur Verfügung stehenden Mittel vollständig in Anspruch genommen, so daß wir an anderer Stelle Zurückhaltung üben mußten. Ich hoffe, bald wieder in die Lage zu kommen, hier einzugreifen. Wir stehen in dauernden Verhandlungen mit der Reichsverwaltung über die Anzahlung der Zuschüsse, die die Gemeinden für Rechnung des Reiches leisten haben. Hoffentlich wird rascher gearbeitet als bisher. Es ist richtig, daß durch den Übergang der Finanzhoheit auf das Reich sehr hart in die Selbstverwaltung der Gemeinden eingegriffen wird. In einem nicht immer von neuen Schwierigkeiten freien Kampfe in Weimar habe ich im Reichsabgabengesetz

eine Sicherung der Gemeinden

durchgeführt. Die Ueberführung in die Praxis wird immerhin nicht leicht sein. Die Reichsfinanzverwaltung hat auf unsere Vorhaltungen neuerdings Rücksicht genommen. Hierbei glaube ich im Einverständnis mit sämtlichen preussischen Parteien vorgegangen zu sein und auf ihre Unterstützung rechnen zu können. Soviel ich gesehen habe, ist das die Auffassung aller Parteien, wobei von der Tendenz abgesehen werden kann. Sie sind sich alle einig, daß die finanzielle Zukunft der deutschen Gemeinden nicht leichtlich der Entscheidung einer weit von uns abliegenden Instanz anvertraut werden kann, d. h. daß sie nicht ausschließlich in die Hände der Reichsverwaltung gelegt werden darf. Dem Abg. Döllmer erwidere ich, daß nach den Vorschriften der Reichsabgabengesetzgebung das Reich verpflichtet ist, wenn es ändern neue Aufgaben auferlegt, die Kosten zu erheben. Wenn der Friedensvertrag mit seinen finanziellen Belastungen nicht geändert wird, so werden unsere Gemeinden zur Abtragung der Lasten tausend Jahre brauchen. (Hört hört) und „Sehr richtig“ (Beifall).

Die Gesetzentwürfe wurden in zweiter und dritter Lesung mit dem vorliegenden Ausschussantrag angenommen.

Ohne Beratung stimmt das Haus auch der Billigung der Staatsregierung für die Behandlung der Arbeiterlohnfragen bei der Staatsbahnverwaltung zu.

Es folgt die Beratung des Antrages des Abg. v. Kessel (Dnl.) auf beschleunigte Rettung der Gadruchternte.

Abg. v. Kessel bezieht den Antrag. In Schlesien sind 200 000 Hektar Kartoffeln jetzt noch in der Erde. Das bedeutet, daß 15 % der Kartoffelernte vernichtet sind.

Abg. Schmidt-Rönnid (Z.): Eine vorübergehende Verkürzung der Arbeitszeit zur Sicherung der Gadruchternte ist nicht notwendig. Durch Arbeit in den Sommermonaten können die notwendigen Erträge erzielt werden.

Landwirtschaftsminister Braun:

Die Schädigung unserer Kartoffelernte durch das Frostwetter ist wahrlich erheblich genug. Jede Heberhebung ist daher nicht nur überflüssig, sondern sogar schädlich, da sie die Bevölkerung immer weiter benachteiligt.

alle Kräfte einsetzen müssen, um zu retten, was noch zu retten ist. Die Regierung trifft alle Maßnahmen dazu. Soweit der Antrag von Kessel eine Verlängerung der Arbeitszeit verlangt, kann ich ihm nicht zustimmen.

Frage in der Stärke von 27 Millionen einzuhalten.

Abg. Eichen (Dem.): Die kleineren und mittleren Landwirtschaften haben ihre Sachverhalte geborgen, im Rückstand ist der Großgrundbesitz. So erweist sich die Siedelung für notwendig.

Ein Vertreter des Verkehrsministeriums erklärt: Die Staatsbahnverwaltung ist mit allen Kräften bemüht, die für den Verkauf von Kartoffeln erforderlichen Waggons rechtzeitig zur Verfügung zu stellen.

Abg. Schmidt (Str.): Wir haben einen Änderungsantrag gestellt, dahingehend: Die Staatsregierung wird angefordert, alle Maßregeln zu ergreifen, um die Schäden nach Möglichkeit zu beseitigen.

Es folgt die erste Beratung des Entwurfes über die Veranlagung und Verwaltung der preussischen Steuern.

Abg. Hertz (Dnl.) begründet einen Antrag auf Fürsorge für die in den Kämpfen mit den Polen verwundeten und gefallenen Mitglieder von Bürger- und Bauernwehren.

Abg. Busch (Zentr.) begründet einen Antrag, den Ehrenlohn der Kriegsveteranen von 1870/71 von 150 Mark den Verhältnissen entsprechend zu erhöhen.

Abg. Hertz (Dnl.) begründet einen Antrag auf Bildung eines Regierungsbezirkes aus den nicht an Polen abgetretenen Teilen von Westpreußen und Posen mit der Bezeichnung: Grenzmark Westpreußen - Posen.

Abg. Dr. Straube (D.) begründet einen Antrag auf Einleugung eines bestehenden Fachauschusses für die Wohnungsfrage.

Abg. Dr. Heß (Zentr.) begründet einen Antrag auf Gewährung von Uebersteuerungszuschüssen an Gemeinden zur Bekämpfung des Wohnungsmangels.

Das Haus verlegt sich. Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr. Kleine Anfragen, Abstimmung über den Verhaushalt, Weiterberatung des Haushaltes der Staatsregierung. Schluß 5 Uhr.

Eine Erleichterung.

90 000 Milchfüße statt 140 000.

Berlin, 13. November. Auf eine Anfrage der demokratischen Abgeordneten Brodant und Schneider über die Frage der an die Entente abzuliefernden Milchfüße hat der Reichswirtschaftsminister folgende Antwort erteilt:

Bei mündlichen Verhandlungen ist es gelungen, folgendes zu erreichen: Frankreich, dem nach dem Friedensvertrage 90.000 Kühe zuzuführen, hat sich mit der Lieferung von 30.000 trächtigen Kühen, 30.000 Kühen in Milch und 30.000 tragenden Färsen einverstanden erklärt.

Die um 40.000 Färsen nach dem Friedensvertrage bestimmten Kühe, erhält 5000 Kühe in Milch, 25.000 tragende Kühe, 25.000 tragende Färsen und 25.000 Stück weiblichen Jungviehs.

Nachforschung nach Gefangenen.

Berlin, 13. November. Angehörige von deutschen Kriegsgefangenen, die aus amerikanischer Gefangenschaft (von französischem Boden), italienischer oder belgischer Gefangenschaft noch nicht zurückgekehrt sind, von denen aber mit Bestimmtheit angenommen wird, daß sie noch leben und nicht freiwillig in den feindlichen Staaten verblieben sind, werden gebeten, folgende Angaben an das Kriegsministerium (Abteilung II, 7/5 C. Sachstraße 63) zu übermitteln, damit Nachforschungen angestellt werden können.

Der Krieg in Rußland.

Amsterdam, 13. November. Nach einem drastischen bolshewistischen Bericht haben die Roten Truppen die Front von Denikins auf einer Breite von 47 Meilen durchbrochen.

Die polnische Gegenoffensive zwischen Dwina und Pregelina auf der Frontlinie. Die Polen haben das ganze Gebiet wieder erobert, das die Bolschewisten ihnen vor drei Wochen abgenommen haben.

Die „Weltrevolution“ in Frankreich.

Der Generalsekretär der französischen Sozialdemokratie, Krollart, wurde, als er verfuhrte, in einer Pariser bürgerlichen Wählerversammlung als Diskussionsredner aufgeführt.

In Marseille lehnte der Bürgermeister einen Antrag, eine Statue für Jaurès zu errichten, mit der Begründung ab, Jaurès sei während der Marokkofriede als Unwaise Deutschlands aufgetreten.

In Frankreich regieren nicht die Revolutionäre, sondern die untergeschämten Siegeslummel.

Marxheit muß sein!

Von einem preussischen Landtagsabgeordneten wird uns geschrieben:

Die „Deutsche Zeitung“ beschäftigt sich in ihrer Nummer vom Donnerstag mit den Vorgängen in der preussischen Landesversammlung und dem in den letzten Tagen in Erscheinung getretenen bürgerlichen Block gegen die Sozialdemokratie.

Die hier angebotenen Möglichkeiten, schreibt das allseitige Blatt, können ganz unerwartet reich unter Umständen zu Tausenden werden und man tue gut, sich darauf vorzubereiten.

So hoffnungslos, wie die Deutschen die Erde ansehnen, liegt sie allerdings noch nicht. Es ist keine Frage, daß es in der preussischen Landesversammlung zu nicht weitergehen kann.

Kleine Nachrichten.

Das bisherige Abstimmungsresultat im Metallarbeiterstreik. An der Abstimmung über die Fortführung oder Abbruch des Streiks in der Berliner Metallindustrie haben sich nach dem vorliegenden Ergebnis 295 Betriebe mit 108 355 Beschäftigten beteiligt.

Wach in Amerika Papiermangel. Da in den Vereinigten Staaten Papiermangel einsetzt, müssen die amerikanischen Zeitungen den Umfang ihrer Ausgaben herabsetzen.

Abreise der britischen Delegierten nach Washington. Die bisher durch die Ballarischmiesler vertretenen Abreise der britischen Delegierten zur internationalen Arbeiterkonferenz in Washington wird nunmehr Ende dieser Woche erfolgen.

Wadenlen kehrt heim. Nach einer der Wadenlen-Kommission in Düsseldorf zugegangenen Nachricht hat Wadenlen nach Anordnung, daß die Heimführung des Wadenlen von Wadenlen sofort in die Wege geleitet werden soll.

Aufhebung des Streikrechts im Saargebiet. Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ aus Saarbrücken erhielt General Ludendorff, der oberste militärische Vertreter des Saargebietes, eine Proklamation an die Bevölkerung, wonach das Recht auf Arbeitsverweigerung aufgehoben wird.

Genosse Leopold Emmel †. Genosse Leopold Emmel, der ehemalige Reichstagsabgeordnete für Württemberg, ist am Dienstag in der Landesheilkunst zu Genoa gestorben.

Parteiangelegenheiten.

Genosse Leopold Emmel †. Genosse Leopold Emmel, der ehemalige Reichstagsabgeordnete für Württemberg, ist am Dienstag in der Landesheilkunst zu Genoa gestorben.

Genosse Leopold Emmel wurde am 25. März 1863 in Neudorf, einem kleinen Orte bei Trier, geboren. Von Beruf war er Kaufmann und später Kaufmann. Nachdem er lange Jahre in Deutschland, Österreich und in der Schweiz gearbeitet hat, ließ er sich 1900 in Württemberg nieder.

Ich bin das Schwert!

Roman von Annemarie v. Rathjuns.

421 Nachdruck verboten.

Ich habe mich nicht getraut, sie aufzusuchen, liebe Eltern, und darum wüthet ihr mich heute vielleicht legnen. Ich hing den Franz um die Worte auf dem Kreuz, brach ein Geblätt und ring mit schweren, müden Schritten über die Parkwiese dem Hause zu.

Wie traurig lagst du da, Hans meiner Väter, du bist so frühlich heim. Belassen lagst du ungepflegt, ohne Liebe bewacht, ein mahnendes Bild des Verzahs.

Ich fuhr zusammen, als ein Kestlein knaste, ein Blatt zur Erde riefte. Dann setzte ich mich auf die Kante und nahm mein schwarzes Heft hervor.

Heimkehr.

Kun ist das letzte Gold veräußert... Die Augen der Himmel träumt... Resummt das Schicksal.

Es ist so kumm, sie rührt sich nicht. Es trübt die tiefe Forderlichkeit von ihren schwarzen Zweigen.

Koch steht das Haus - das Wappen zeigt Den Adler, der die Flagge weht, Doch ist der Stein zertrümmert.

Der Lindenweg, die Tarnwand, Der Reich mit seinem Rumorenab - Bewirbelt und verborgen!

Den Weg zurück, du kommst zu spät. Ein Raunen durch die Krone geht, Und alle Wälder bebend.

Der Freiheitswahn ist nun verrückt, Verlorenes Glück bei Herzschlag lauscht, Und isten Lenzenfreunden - Und wie mehr wird so ruhig sein, Als jener große, weiße Stein dich best mit seinen Leiden!

Es schreiet der Baum, ein leichter Wind Leat auf die feige Sterne sind Mir keine Wälder Wellen -

Als ich die einsame Straße im sinkenden Abendlicht auf einem Hügel zurückfuhr, überholte mich ein holzer Gefährt.

Als ich mich gesammelt hatte, bemerkte ich am Waldrand einen alten Mann. Er winkte und rief. Rote Rosen hielt er mir entgegen.

„Gnädige Frau möchten über Tepih fahren“ bat er mich, „Gräfin Wodensack hat telephoniert.“

„Stille, still“, sagte sie, „ich meine nichts! Du bist da. Ich habe so gelitten um dich und nun darfst du mich freuen und stolz auf dich sein.“

„Nein, Sie irren, wenn Sie glauben, daß Sie Berle, die ich auf der Kante von Gallienheim schiffe, eine Kapitulation bedeuten.“

„Ich will meinen Griffel in Blut tauchen und Sie zeichnen, diese Herren meiner Heimat, Sie sollen mich hassen, diese Räuber des Rechts.“

Ichent wurde. Es war derselbe Ton, der so stolz und zuversichtlich durch meine Seele zog an dem Tage, da ich Hans Wandlich angetraut wurde.

„Bäperrub trat ich in das Schiff der Kirche und blickte sehen, den Lid zu der Freundin erhoben, die dort oben für mich lachte.“

„Vor der Altartreppe begegneten wir uns. Sie umfaßte mich, als wollte sie mich nicht mehr lassen.“

„Stille, still“, sagte sie, „ich meine nichts! Du bist da. Ich habe so gelitten um dich und nun darfst du mich freuen und stolz auf dich sein.“

„Nein, Sie irren, wenn Sie glauben, daß Sie Berle, die ich auf der Kante von Gallienheim schiffe, eine Kapitulation bedeuten.“

„Ich will meinen Griffel in Blut tauchen und Sie zeichnen, diese Herren meiner Heimat, Sie sollen mich hassen, diese Räuber des Rechts.“

„Stille, still“, sagte sie, „ich meine nichts! Du bist da. Ich habe so gelitten um dich und nun darfst du mich freuen und stolz auf dich sein.“

